ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus

Book Review — Published Version

[Rezension] „Ja, aber“: Gesellschaftliche Konflikte verstehen. Eine Replik

KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie

Provided in Cooperation with:
Springer Nature

Suggested Citation: Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2024) : [Rezension] „Ja, aber“: Gesellschaftliche Konflikte verstehen. Eine Replik, KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, ISSN 1861-891X, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden, Vol. 76, Iss. 2, pp. 207-220,
https://doi.org/10.1007/s11577-024-00964-0

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/315454

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Köln Z Soziol (2024) 76:207–220
https://doi.org/10.1007/s11577-024-00964-0

Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie

REZENSIONSFORUM

„Ja, aber“: Gesellschaftliche Konflikte verstehen. Eine Replik

Steffen Mau · Thomas Lux · Linus Westheuser

Angenommen: 3. Juli 2024 / Online publiziert: 16. August 2024
© The Author(s) 2024

Das breite öffentliche Interesse an unserem Buch *Triggerpunkte* hat uns überrascht und erfreut. Dass eine empirische Studie, die sich um Nüchternheit und Differenzierung bemüht, eine derartige Aufmerksamkeit erlangen kann, haben weder wir noch der Verlag geahnt. Ein guter Teil der Resonanz rührte sicherlich von einem Kernbefund, auf den sich auch die mediale Aufmerksamkeit konzentrierte, nämlich dem, dass die politischen Einstellungen in der Breite der Bevölkerung viel weniger polarisiert sind als gemeinhin angenommen. Für viele Leserinnen und Leser kam dieser Befund wohl einer Wunscherfüllung gleich: „Endlich auch mal gute Nachrichten“, sagten uns viele seufzend, „noch ist nicht alles verloren“. Diese Reaktion ist nicht falsch und kann, solange sie als Ansporn und nicht als Entwarnung verstanden wird, durchaus produktiv sein. Die Abwehrkräfte demokratischer Öffentlichkeiten, so unser Verständnis, werden nicht nur durch Mahnen und Alarmschlagen gestärkt, sondern auch durch Ermutigung.

Zugleich wollen wir hier, wie schon an vielen anderen Stellen, noch einmal betonen, dass unser Buch keineswegs als „Beruhigungspille“ verstanden werden sollte (siehe z. B. Lux 2024). Wenn wir die Modediagnose der gesellschaftlichen Polarisierung zurückweisen, so geht es uns *nicht* darum, zu sagen, dass „alles halb so wild“ ist oder dass es müßig sei, sich Sorgen zu machen über das Erstarken des Rechtsextremismus, die Klimakatastrophe, grassierende Intoleranz und Armut oder über

✉ S. Mau · T. Lux · L. Westheuser
Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin
Universitätsstraße 3b, 10117 Berlin, Deutschland
E-Mail: steffen.mau@hu-berlin.de

T. Lux
E-Mail: thomas.lux@hu-berlin.de

L. Westheuser
E-Mail: linus.westheuser@hu-berlin.de

das, was wir im Buch die „Allmählichkeitsschäden“ am Fundament der Demokratie nennen. Worum es unserem Buch *stattdessen* geht, ist ein Perspektivwechsel, der es ermöglicht, aus einem besonders festgefahrenen und unergiebigen Diskurs der letzten Jahre auszusteigen und zu einem komplexeren Bild gegenwärtiger gesellschaftlicher Konflikte zu kommen. Um einige Missverständnisse geradezurücken, die uns in Rückmeldungen zu unserem Buch immer wieder begegnet sind, wollen wir hier drei Aspekte dieses Perspektivwechsels noch einmal kurz skizzieren:

Erstens verschieben wir den Fokus von einem vermeintlichen Zusammenstoß ideologischer Großlager hin zu den Meinungsverschiedenheiten *innerhalb* einer breiten gesellschaftlichen Mitte, deren Meinungen relativ entideologisiert, volatil und oft auch widersprüchlich sind. Anders als die meisten Untersuchungen gilt unser Hauptinteresse nicht den politischen Extremen und entschiedenen Parteigängern, sondern denen, die man im angelsächsischen Raum „median voters“ nennt: die „Durchschnittsdeutschen“, in deren Brust oft mehrere Herzen schlagen. Sie haben sich mit der Einwanderungsgesellschaft arrangiert und reagieren zugleich allergisch auf gefühlte Kontrollverluste an der Grenze. Sie üben sich in permissiver Toleranz, blicken aber eher skeptisch auf eine Reform von Alltagspraktiken wie Sprache oder Ernährung. Sie wollen Klimaschutz *und* niedrige Spritpreise; öffentliche Investitionen, Umverteilung *und* niedrige Steuern. Was unser Buch so leisten will, ist eine politische Soziologie des „Ja, aber …“, die beide Seiten dieser Kippbilder registriert, ohne eine zu verabsolutieren. So wird sichtbar, dass sich oft eher situativ entscheidet, ob „Ja“ oder „Aber“ überwiegt – und dass Bauchgefühle dabei oft zentraler sind als konsistente und ideologisch ausgehärtete Weltbilder. Für Triggerthemen und Affektpolitik sind auch die empfänglich, die sich sonst in kühler Abwägung üben, aus Reflex den Mittelweg wählen oder sich von allem fernhalten, was nach Politik und Konflikt riecht (Groenendyk et al. 2024). Mit unserer Perspektive optieren wir nicht normativ für die entideologisierte Mitte. Wir glauben aber, dass man das Land besser versteht, wenn man sie nicht übersieht, sondern, mitsamt ihrer Widersprüche, analytisch präzise erfasst.

Zweitens zeigen wir, dass sich aus den Konjunkturen der Parteipolitik nicht ohne Weiteres auf einen Wandel der darunterliegenden Einstellungen in der Bevölkerung schließen lässt. Es kann, wie derzeit zu beobachten, zu einer formidablen politischen Radikalisierung am rechten Rand oder einer Rechtsverschiebung des politischen Diskurses als Ganzem kommen, *ohne* dass das anzeigt, dass sich an den grundlegenden Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger etwas geändert hat (siehe auch Danieli et al. 2022). Ein Kernbefund unseres Buches lautet, dass viele Konflikte „von oben“ durch interessierte politische Akteure gemacht, inszeniert und bewirtschaftet werden. Es ist eben nicht so, wie viele Akteure selbst, aber auch einige Kolleginnen und Kollegen behaupten, dass es eine gleichsam vorpolitische Spaltung der Gesellschaft gibt, die im politischen Konfliktraum nur gespiegelt wird. Wo es eine Polarisierung in den Einstellungen gibt, ist sie meist ein Ergebnis vorgängiger Politisierung, nicht umgekehrt (Simon et al. 2019; Dochow-Sondershaus und Teney 2024). Das bedeutet zwar im Umkehrschluss nicht, dass die Gesellschaft eine strukturlose Masse ist, die durch politische Akteure beliebig bespielt werden kann. Doch strukturierte Interessen und standortgebundene gesellschaftspolitische Orientierungen sind weit von dem entfernt, was man sich unter einer neuen Klassenspaltung, einem „tie-

fen Graben“ oder einem gesellschaftlichen „Kulturkampf“ vorzustellen hätte. Es ist deshalb ebenso verlockend wie falsch, von Parteienkonflikten, wie jenem zwischen AfD und Grünen, direkt auf soziale Konflikte, wie dem zwischen alter Arbeiter- und neuer Mittelklasse, zu schließen, wie dies in öffentlichen Debatten nach 2016 häufig geschah. Wollen wir Politisierung verstehen, müssen wir politische Akteure in den Blick nehmen.[1] Interessiert uns dagegen das soziale Substrat politischer Einstellungen, dann müssen wir uns auf Formen des Alltagsverstands und der Alltagsmoral einlassen, mittels derer Meinungen ganz anders artikuliert werden als in den Programmen der Parteien (beispielsweise viel weniger ideologisch und sauber gebündelt, s. Damhuis und Westheuser 2024; Beck und Westheuser 2022).

Drittens überwinden wir mit dem Blick auf vier Arenen der Ungleichheitskonflikte sowohl die sterile Gegenüberstellung von Verteilungs- und Identitätspolitik als auch die übermäßige Vereinfachung, mit der man von Ökologie und Migration bis Wokeness alle möglichen Themen im großen Kessel des „Kulturkampfs“ verrührt. Es zeigt sich, dass mehr als zwei Drittel der Deutschen „Mischtypen“ sind, die sich nicht in die Schubladen des Kulturkampfs einsortieren lassen, weil sie sich beispielsweise in Migrationsfragen mittig, in Diversitätsfragen liberal, in Klimafragen aber konservativ positionieren. Jede unserer vier Konfliktarenen hat eine Eigenlogik, eine spezifische Geschichte und ein eigenes Set moralischer Repertoires, die gesondert betrachtet werden müssen, wenn man die Konflikte der Gegenwartsgesellschaft verstehen will. Die Interaktion zwischen diesen Einzelkonflikten wiederum gestaltet sich komplizierter als es das gängige zweidimensionale Schema von Ökonomie versus Kultur nahelegt. Nach unserem Dafürhalten versteht man alle von uns behandelten Konflikte – auch die der „Identitätspolitik“ – besser, wenn man sie zumindest *auch* als Ringen um ungleich verteilte soziale Güter versteht. Zudem blitzen in Konflikten um Migration, Klima und Diversität allenthalben die verdrängten Verteilungskämpfe der „demobilisierten Klassengesellschaft“ auf. Umgekehrt sind „immaterielle“ Fragen der Anerkennung, Verdientheit und des Respekts für Arbeit und gesellschaftliche Stellung ebenso in der verteilungspolitischen Oben-Unten-Arena zentral. Auch in dieser Hinsicht besteht unser Perspektivwechsel also nicht darin, Konflikte zu leugnen, sondern anzudeuten, wie man diese Konflikte genauer fassen kann, wenn man sich von Diskursschablonen löst.

Diese Bemerkungen sollen dazu dienen, die Stoßrichtung unseres Buches zu präzisieren und so möglichen Verwirrungen entgegenzuwirken. Wenn die Gesellschaft gar nicht so gespalten ist wie immer gesagt, so die Wahrnehmung einiger Leserinnen und Leser, dann ist doch alles in bester Ordnung. Oder? Wie oben schon gesagt, ist das *nicht* unsere These. Es geht weder um eine pauschale Entwarnung noch um die Diagnose einer rundum entspannten, liberalen und aufgeklärten Friede-Freude-Eierkuchen-Gesellschaft. Was wir wollen, ist eine bessere, weniger holzschnittartige Karte der real existierenden Konfliktlandschaft. Dafür ist es nötig, die Metapher der Polarisierung hinter sich zu lassen und mit ihr die Vorstellung einer entlang eines manichäischen Kulturkampfs in soziale Großlager auseinanderbrechenden Gesell-

[1] Was auch bedeutet, Behauptungen über soziale Repräsentationsverhältnisse vonseiten politischer Akteure, wie die Selbstbeschreibung der AfD als „Arbeiterpartei“, zum Gegenstand kritischer Untersuchungen zu machen, statt sie einfach zu übernehmen.

schaft. Stattdessen muss man sich in die Niederungen einer zerklüfteten, verkraterten Konfliktlandschaft begeben und sich auf die Widersprüchlichkeiten einer Ja-aber-Gesellschaft einlassen. Wir hoffen, dass wir die Leserinnen und Leser mit einigen empirischen Einsichten und einem (zugegebenermaßen unvollständigen) Instrumentarium an Denkwerkzeugen, wie den Ungleichheitsarenen, Triggerpunkten und Polarisierungsunternehmern, für dieses Wagnis wappnen können. Eine soziologische Aufklärung öffentlicher Debatten – und nicht die These einer wohltemperierten Gesellschaft – ist, was wir in unserem Buch verfolgen.

Natürlich gibt es, auch dies sei gleich gesagt, etliche Schwächen und blinde Flecken unseres Buches, die schon darin begründet liegen, dass wir unseren Gegenstand beschränken und empirisch auf spezifische Weise und mit notwendigerweise begrenztem Material handhabbar machen. Man könnte unseren Ansatz in eine Vielzahl von Richtungen weiterdenken. So finden wir beispielsweise den immer wieder an uns herangetragenen Vorschlag einer fünften Ungleichheitsarena nicht unüberzeugend, die *Ungleichheiten politischer Macht* zwischen den Polen mächtig/machtlos aufschlüsseln würde. Hierzu sei auf die wichtigen Arbeiten von Lea Elsässer und Armin Schäfer (2023) hingewiesen. In der Erforschung dieser Arena käme man jenseits der von uns erkundeten Sachbereiche auf Fragen wie die der politischen Entfremdung, politischen Deprivation, auf das (gebrochene) Versprechen politischer Gleichheit und die sozial ungleich verteilte Wahlabstinenz zu sprechen, die für demokratische Konflikte von entscheidender Bedeutung und auch im diskursiven Konfliktalltag sehr präsent sind. In der Konzeptionsphase unserer Studie hatten wir eine solche Erweiterung diskutiert, uns dann aber schlicht aus forschungsökonomischen Gründen gegen sie entschieden. Eine größere Lücke, auf die uns viele politikwissenschaftliche Kolleginnen und Kollegen zu Recht hingewiesen haben, ist, dass wir keine politischen Akteure in ihrem Handeln analysieren und auch keine Konfliktereignisse in den Blick nehmen, wie sie die Bewegungsforschung interessieren. Auch die Untersuchung der Fähigkeit politischer Parteien, Konflikte zu absorbieren und zu kanalisieren, wäre eine wichtige Ergänzung unserer Studie. Die Kommunikations- und Medienwissenschaften vermissen bei uns eine tiefgreifende Analyse öffentlicher Diskursstrukturen und eine stärkere Berücksichtigung des „neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit“ (Habermas 2022). Auch die emotionssoziologische Forschung (z. B. Diefenbach 2024) wie auch jene zu affektiver Polarisierung und dem strategischen Gebrauch von „wedge issues“ ließe sich noch viel umfassender mit dem Konzept der Triggerpunkte integrieren. Hier sind unsere Überlegungen ganz und gar nicht abgeschlossen, sondern in ein reges und dynamisches Forschungsumfeld eingebettet, das erst in der Summe vieler Einzelforschungen zu einem umfassenden Gesamtbild werden kann. Wir setzen an dieser Stelle große Hoffnung auf die Arbeitsteilung der Fächer und soziologischen Forschungsrichtungen. Es freut uns ungemein, dass Konzepte wie das der Triggerpunkte bereits jetzt von Forschenden aufgegriffen werden, die unsere Überlegungen in andere disziplinäre Felder übersetzen und dort kritisch auf ihre Belastbarkeit prüfen, etwa in den Medienwissenschaften und den Data Sciences (Antypas et al. 2024; Heide 2024).

Kommen wir nach diesen einleitenden Bemerkungen auf die in diesem Heft vorliegenden Rezensionen. Wir finden in den Kritiken viele treffende Punkte, die wir zum Teil bei der Erarbeitung unseres Buchs schon klar vor Augen hatten, aber auf-

grund des Forschungsdesigns nicht einfangen konnten, andere, die uns erst in der Rezeption aufgefallen sind, und wiederum andere, bei denen uns unsere Kritikerinnen und Kritiker neue Hinweise geben und bisher unerkannte Schwachstellen herausstellen. Zudem gibt es etliche anregende Anmerkungen zu Perspektiven der Weiterentwicklung und einer notwendigen inhaltlichen Nachverdichtung. Mit dem Lob der Rezensentinnen und Rezensenten wollen wir uns nicht lange aufhalten – das nehmen wir dankbar an und freuen uns. Was die Kritikpunkte der drei Rezensionen angeht, war für uns zunächst interessant, wie unterschiedlich und wenig konvergent die Befunde zu sein scheinen. Das jeweils Monierte scheint sich hauptsächlich aus den generellen wissenschaftlichen Neigungen der Rezensentinnen und Rezensenten zu ergeben: Der Ideologiekritiker vermisst die Ideologiekritik, die Systemtheoretikerinnen und Systemtheoretiker die funktionale Differenzierung, der empirische Sozialforscher mahnt eine umfassendere Dokumentation der Daten an. So weit, so erwartbar. Doch schauen wir etwas genauer hin.

Stephan Lessenich hat uns – wie man es von ihm kennt – eine freundlich-vorwurfsvolle Kritik formuliert, die neben vielem Lob doch auch manche Breitseite enthält. Einiges können wir annehmen, andere der sehr selbstgewiss vorgetragenen Punkte müssen wir klarstellen, möglicherweise auch, um bei anderen Leserinnen und Lesern Missverständnissen vorzubeugen. Lessenichs Hauptkritik scheint darin zu bestehen, dass wir die empirische Beschreibung gesellschaftlicher Konflikte nicht im selben Atemzug mit einer politischen Einordnung versehen, die seinen eigenen normativen Präferenzen entspricht. Damit verfehlt er aber das Genre unseres Buches. Es mag sein, dass die behagliche Mittigkeit der Deutschen angesichts ihrer Verstrickung in globale Strukturen der Exklusion und Ausbeutung politisch eher als Selbstgefälligkeit denn als wohlbegründeter Ausgleich zu bewerten ist, ja, dass die zentristische Rhetorik von „Mitte und Maß“ selbst eine tragende ideologische Stütze von Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik ist. Allein, eine solche Bewertung wäre Ergebnis eines ganz anderen Forschungsprojekts als des unseren, das auch methodisch anders verfahren müsste (etwa, indem es die eigenen normativen Maßstäbe verortet und diskutiert). Unser soziologisches Verfahren war es, wie oben beschrieben, zu beobachten, was Lessenich treffend das „multidimensional dokumentierte Ja-aber“ nennt. Wären die „Triggerpunkte“ ein literarisches Werk, so stünde es dem Realismus näher als der Moralistik. Es geht darum, „die Leute“ in all ihrer Widersprüchlichkeit darzustellen. Dezidiert nicht unser Ziel war es, diese Widersprüchlichkeit vereindeutigend aufzulösen, um eine weitere Polemik zur gesellschaftlichen Polarisierung vorzulegen. Dennoch ist unsere Hoffnung, dass auch eine präzise Deskription der realen Meinungslandschaft dazu dienen kann, bessere, weil weniger stereotype politische Einordnungen zu formulieren. Das erfordert aber, dass man mit seinem Gegenstand nicht schon fertig ist, bevor man ihn zu erkunden beginnt.

Lessenich verfehlt den Kern unseres Buches in ähnlicher Weise, wenn er kritisiert, dass wir nicht die Genese der Ungleichheiten untersuchen, sondern „nur“, wie gesellschaftlich über sie gestritten wird. Den Vorwurf, nicht etwas anderes behandelt zu haben als den gewählten Gegenstand, könnte man freilich jeder Studie machen. Mit „Konsens und Konflikt“ in den vier Arenen Verteilung, Migration, Diversität und Klima behandeln wir ein schon einigermaßen breit gewähltes Themengebiet.

Wir hätten es als vermessenen Anspruch empfunden, zudem auch noch die ganze Ungleichheitsforschung mit abzudecken. Auch die Kritik am „methodologischen Nationalismus“ unserer Studie müssen wir kassieren. Das Manko der Konzentration auf *eine* Gesellschaft thematisieren wir selbst (S. 35) und wären zugleich die größten Befürworter einer globalen politischen Soziologie, die alles miteinander in Verbindung setzt und empirisch genau ausbuchstabiert. Diese gibt es bislang allenfalls in Ansätzen. Aber: Wie stark die globalen und internationalen Verstrickungen sind, wie sehr wir in der Heute-Morgen-Arena und bei der Migrationsfrage den Blick auf transnationale Verflechtungen richten müssen, ist in unserer Konzeption der Konfliktarenen angelegt. Der Wohlstandschauvinismus und die Grenzpolitik sind im Fokus, der „Kampf um Grenzen“ ist sogar eine Leitperspektive der Innen-Außen-Arena (S. 119 ff.). Die ganze Thematik wird über eine Problematisierung des Containernationalstaates eingeführt (S. 56 ff.). Die Rolle von Grenzen als globale „Ungleichheitsgeneratoren“ wird bei uns explizit angesprochen und orientiert sich nicht zuletzt an Steffen Maus (2021) Arbeiten zu globalen Grenz- und Visaregimes. Auch in der Klimafrage ist das „binnengesellschaftliche Konsensgeschehen“ (Lessenich) keinesfalls unser enggeführter Blick (Mau, Lux und Westheuser 202 ff. und 221 ff.), sondern die Perspektive etlicher der von uns Befragten. Dass die Achse Partikularismus/Universalismus konfliktstrukturierend ist und dass dabei nationale Chauvinismen eine wichtige Rolle spielen, arbeiten wir als zentrales Ergebnis heraus. Hier kann seitens Lessenichs nur eine Verwechslung von empirischem Befund und analytischer Perspektive vorliegen. Den nationalen Binnenblick vertreten nicht wir selbst, er ist in die reale Konfliktinterpretation unserer Untersuchungspersonen eingeschrieben.

Richtiggehend missverstanden sehen wir uns, wenn Lessenich unsere These einer „Radikalisierung des rechten Randes“ so liest, dass es jenseits der Ränder *keine* Anknüpfungspunkte für Chauvinismus oder Rassismus gäbe. Ganz im Gegenteil sind dies Motive, die auch andernorts vorhanden und aktivierbar sind. Wir dokumentieren dies ausführlich, sei es in unserer Analyse zu den Grenzen der „Erlaubnistoleranz“ gegenüber sexuellen Minderheiten (Kap. 5) als auch dem Dominanzverhältnis, das ihr eingeschrieben ist; sei es in unseren Beobachtungen rassistischer Zuschreibungen von Arbeitswilligkeit und anderen Kriterien der Verdientheit (Kap. 4) oder unserer Identifikation mehrerer Pfade der Entsolidarisierung und des Nach-Unten-Tretens aus der Mitte der Gesellschaft (Kap. 3). Nicht zuletzt machen wir die weite Verbreitung chauvinistischer Wissensbestände deutlich, indem wir in Zitaten aus den Fokusgruppen ganz bewusst auch die hässlichen Seiten des Alltagsverstands dokumentieren (wie im Falle der von Lessenich erwähnten „Judenstern“-Passage). Wir zeigen zudem, wie Kontrollverlustängste und affektive Widerstände gegen progressive Reformprojekte weit jenseits des Kreises rechter Ideologinnen und Ideologen verankert sind.

Gleichzeitig halten wir es durchaus für wichtig, zwischen der rechtsradikalen Ideologie politischer Mobilisierungsakteure und völkischer und rechtsextremer Gruppen einerseits und diffuseren Ressentiments in der Bevölkerung andererseits zu unterscheiden. Letztere treten meist eben nicht als geschlossene rechte oder nationalistische Weltbilder auf, sind oftmals wenig konsistent und situativ wandelbar und formieren sich deshalb auch nicht ohne politisches Zutun zu einer

rechten/konservativen Front. Die von Lessenich zitierte Gruppendiskussion zum Genderstern ist hier das beste Beispiel. Er verpasst hier einen entscheidenden Punkt unserer Analyse, nämlich, dass das Gendern politisch zwar tatsächlich als Kulturkampf bewirtschaftet wird, die Gründe der Ablehnung bei den Bürgerinnen und Bürgern aber dennoch vielfältig sein können (Sprachökonomie, ästhetisches Empfinden, eine Ironisierung des Bildungshabitus, DDR-Erfahrungen mit offiziöser Sprachpolitik – sowie eben auch: „rechte Gegenwehr“). Die vehemente Zurückweisung von gendergerechter Sprache geht bei vielen Befragten durchaus mit einer emphatischen Bejahung von Gleichstellung und einer straffen Kritik am Gender-Pay-Gap einher. Eine Soziologie, die diese Nuancierungen und Paradoxien übersieht und stattdessen alles als „Extremismus der Mitte“ rubriziert, bleibt womöglich den eigenen weltanschaulichen Prämissen treu, stolpert aber empirisch in selbstgestellte Fallen. Ein Neben-mir-der-Extremismus mag dem Kritiker ein komfortables Gefühl verleihen, bleibt aber analytisch blind. Indem man die eigene gesellschaftspolitische Haltung zum archimedischen Punkt macht, von dem aus alle anderen als Träger eines „illiberalen Konsenses“ erscheinen, läuft man zudem Gefahr, die Behauptung der Rechtsradikalen, den heimlichen Volkswillen der „schweigenden Mehrheit“ zu repräsentieren, für bare Münze zu halten.[2]

Man muss sich aber nicht nur politisch, sondern auch analytisch klar machen, welche Nachteile man sich mit einer solchen „Begriffsüberdehnung“ des „Extremismus der Mitte“ einhandelt (s. auch Backes und Jesse 1995). Theodor Geigers so hellsichtige Analyse dieses Topos gewann ihre Überzeugungskraft ja gerade durch den genauen Blick auf die Verschränkungen von Sozialstruktur und Mentalitäten und nicht durch übergreifende Etikettierungen. Und auch Lipset ging es nicht um eine pauschale Publikumsbeschimpfung, die die Mitte immer schon als in Gänze oder mehrheitlich extremistisch beschreibt, sondern darum, zu erklären, wie extremistische, antidemokratische und faschistische Bewegungen auch in der Mitte der Gesellschaft entstehen *können* und welche Faktoren sie dafür anfällig machen. Er, wie auch Geiger, analysieren in diesem Sinne soziale Prozesse der Deklassierung, der psychischen und sozialen Verunsicherung, des Moralismus und der Emotionalität im Verhältnis zu Klassenstruktur und Statusordnung. Das alles sind Themen, die auch für unsere Analyse von Bedeutung sind. Die Verteidigung von Anspruchshierarchien, aber auch kulturelle Ängste und Wohlstandschauvinismus sind im Feld der Migrationspolitik eben keine Randphänomene, wie wir zeigen. Wir gehen dezidiert davon aus, dass sich durch politische Mobilisierung, die Bewirtschaftung von Affekten und die Aktivitäten von Polarisierungsunternehmern „politische Geländegewinne“ rechtspopulistischer und rechtsextremer Positionen auch in der gesellschaftlichen

[2] Wenn Lessenich uns dann auch noch vorhält, mit einem „Konsensbuch“ bei den „identitären Rechten“ anzukommen, geht er ihnen mächtig auf den Leim. Einerseits wird er Opfer ihrer Strategie, sich Diskurse (inklusive derer in unserem Buch) einzuverleiben, und arbeitet indirekt und ungewollt ihren Bestrebungen der Mainstreamisierung derartiger Positionen zu. Andererseits bestätigt seine These des schon längst durchgesetzten rechten Grundkonsenses ungewollt die Behauptung rechtsextremer Akteure, zu repräsentieren, was das Volk will. Nun könnten sie unter Berufung auf den Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung einen „gruppenübergreifend illiberalen [...] postnationalsozialistischen Generalkonsens“ behaupten. Wir hielten dies nicht nur aus empirischen und konzeptionellen Gründen für einen sehr riskanten diskursiven Twist.

Mitte erzielen lassen. Rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen sind nicht nur dort anschlussfähig – so unser O-Ton –, „wo konsistent autoritäre und menschenfeindliche Haltungen vorhanden sind, sondern auch dort, wo es ‚Diversitätsstress' und diffuse Gefühle von Überfremdung gibt" (Mau et al. 2023, S. 157). Das kommt den Beobachtungen von Lipset und Geiger recht nahe. Wenn von den eindrücklichen Analysen der beiden klassischen Autoren nur noch ein ungenau gerahmtes Buzzword – der „Extremismus der Mitte" – übrig bliebe, wäre das ein konzeptioneller Verlust. Aus unserer Sicht hat die Politikwissenschaft hier weitaus aufgeklärter und souveräner mit dem Begriff gearbeitet als manche kritische Soziologie.

Zuletzt sitzt Stephan Lessenichs Kritik auch in der Zeitperspektive auf der falschen Schiene, wenn er konstatiert, „dass zentrale Motive und Momente des ‚Rechtspopulismus' in den herrschenden gesellschaftlichen Grundkonsens eingewandert" seien. Ist es angesichts von „Kinder-statt-Inder"-Wahlkämpfen, Lichtenhagen, Solingen und „Baseballschlägerjahren" nicht vielmehr umgekehrt? Also so, dass es immer schon einen erheblichen Teil der Bevölkerung gab, der rechte, nationalistische oder xenophobe Positionen vertrat, inklusive der von Wilhelm Heitmeyer beschriebenen „rohen Bürgerlichkeit" (Heitmeyer 2001), und dass dieses Potenzial nun im Aufstieg der AfD politisch sichtbarer geworden ist? Schon die zuvor zitierten Referenzen Theodor Geiger und M. Seymour Lipset legen ja nahe, dass es sich um kein neues Phänomen handelt. Eine solche Einordnung relativiert die Gefahr des Rechtsradikalismus nicht, führt aber zu einer anderen Interpretation der derzeitigen Konjunktur. Wir fühlen uns in dem Befund unserer längsschnittlichen Analysen, dass sich in der Meinungslandschaft in den letzten Jahrzehnten erstaunlich wenig verschoben hat, durch eine ganze Reihe aktueller Analysen bestätigt (Boxell et al. 2021; Hudde 2022; Teney und Rupieper 2023; Buchmayr 2024; Dochow-Sondershaus und Teney 2024). Dementgegen ist es interessant, dass Stephan Lessenich in seiner Rezension zwar unentwegt empirisch argumentiert, sich aber gar nicht die Mühe macht, diese über Ahnungen und Eindrücke hinaus zu substantiieren oder mit Quellen zu belegen. Empirisch wird es nur bei konkreten politischen Akteuren wie Friedrich Merz und seinen Zahnarztpraxen, Olaf Scholz und Markus Söder. Er begeht damit aber eben jenen Fehlschluss, den wir mit unserem eingangs skizzierten Perspektivwechsel zu umgehen versuchen, nämlich den, von der Rhetorik politischer Akteure und der diskursiven Bewirtschaftung von Konflikten auf die Bevölkerungsmeinungen zu schließen. Hier stellt der interessierte Zeitungsleser dem Soziologen Lessenich ein Bein.

Kommt Lessenichs Kritik ganz forsch zum Punkt, dauert es bei Armin Nassehi und Irmhild Saakes Rezension eine ganze Weile, bis man sich zum Kern des Arguments vorgearbeitet hat. Über weite Strecken leisten die Autorin und der Autor Übersetzungsarbeit, indem sie unsere Befunde in ihr eigenes systemtheoretisches Vokabular übertragen. Erst zum Schluss scheint dann so etwas wie eine Kritik auf, die dafür aber am tiefsten theoretischen Fundament unseres Buches ansetzt. Der Kritiker und die Kritikerin scheinen schon unsere ganz grundlegende Verbindung von gesellschaftlichen Konflikten mit dem Strukturprinzip der *Ungleichheit* als Verkürzung (oder gar paradigmatischen Irrweg?) anzusehen. Die Gesellschaft, so die beiden, könne „eben nicht in erster Linie über Ungleichheits- und Verteilungslogiken erklärt werden". Indem unsere Studie diesen Zugang wähle, liefere sie einen

„Hinweis darauf, was die Soziologie liegenlässt, wenn sie sich allzu traditionell nur zur Anwältin im Streit um ungleiche Positionen kümmert, statt auch die Ungleichheit oder Ungleichartigkeit ihrer operativen Zentralinstanzen in Anspruch zu nehmen“. Wie hier schon anklingt, versprechen Nassehi und Saake sich stattdessen einen Gewinn vom Blick auf die funktional differenzierte institutionelle Unterstruktur oder die *Sach*dimension gesellschaftlicher Konflikte, eine Dimension, die sich, im Gegensatz zur *Sozial*dimension, die in unserem Buch im Vordergrund stehe, der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung entziehe.

Interessanterweise ähnelt Nassehis und Saakes Vorgehen an dieser Stelle dem von Lessenich: Das „wahre“ Konfliktgeschehen wird jenseits des bloßen Geredes der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Meinungen angesetzt, die den Kerngegenstand unseres Buches bilden. Beide Rezensionen setzen so mit ihrer Kritik auf einer anderen analytischen Ebene an als das von ihnen rezensierte Werk. Das ist natürlich legitim, der eigentliche Gehalt unserer Studie bleibt so aber von der Kritik seltsam unberührt. Nassehi und Saake interessieren sich für die Rolle der „operativen Zentralinstanzen“ von Recht, Medien, Politik und Wirtschaft bei der Frage, „wie eine Gesellschaft unseres Typs nach der Phase der klassischen Industriegesellschaft mit Zielkonflikten umgeht“. Wir können uns dem nur anschließen. Ein Buch, das gegenwärtige Konflikte nicht, wie unseres, aus der Sicht der öffentlichen Meinung, sondern aus der Perspektive der Rationalitäten von Institutionen und gesellschaftlichen Teilsystemen in den Blick nähme, würde mit Sicherheit ganz oben auf unserem Lesestapel landen. Niemand wäre mehr dafür prädestiniert ein solches Buch zu schreiben als unsere Münchner Kritiker. Wir würden für ein solches Unterfangen einzig empfehlen, Differenzierungs- und Ungleichheitsperspektive nicht gegeneinander auszuspielen, sondern beide, wie etwa von Thomas Schwinn (2019) vorgedacht, miteinander ins Gespräch zu bringen und auf Wechselwirkungen zu fokussieren. So macht Schwinn interessante Beobachtungen zu teilsystemübergreifenden Formen der Hierarchiebildung durch Organisationen, zu den ungleichheitsgenerierenden Folgen der Ausrichtung auf die Systemreferenz Leistung in verschiedenen Teilsystemen sowie ihrer Verknüpfung mit Formen der Ungleichheit, die im Bildungssystem und in der Familie hergestellt werden. In Verbindung mit der unterschiedlichen „Konfliktfähigkeit“ sozialer Ungleichheitsfelder (Schwinn 2015) könnten hiermit Wege benannt sein, die die systemtheoretische Betrachtung der „operativen Instanzen“ mit einer Ungleichheitsperspektive wie der von uns eingenommenen in einen Dialog bringen.

Stefan Liebig schließlich hat uns mit einer methodischen Kritik versorgt, die sich vor allem auf Fragen der Daten- und Analysedokumentation sowie die Stichprobe unserer Umfrage bezieht. Unser Buch versucht im Hinblick auf die Dokumentation der Analysen eine Gratwanderung zwischen fachlichen Standards und populärer Darstellung, denn es richtet sich auch an eine breite Öffentlichkeit. Es ist kein Fachaufsatz, bei dem es vor allem auf den Methoden- und Datenteil in der Darstellung ankommt. Deshalb haben wir den Text von methodischen Details weitgehend freigehalten. Für interessierte Leserinnen und Leser gibt es einen 24-seitigen Online-Anhang zu den leichter verständlichen methodischen Aspekten un-

serer beiden Erhebungen.[3] Zudem haben wir in diesem Anhang auf einen 37-seitigen Methodenbericht zu den komplexeren Details des Telefonsurveys sowie einen 41-seitigen Methodenbericht zu unseren qualitativen Daten verwiesen, die wir auf Anfrage zugänglich gemacht haben. Wir werden diesen Bericht in den kommenden Wochen zusammen mit den Survey-Daten und weiterem Begleitmaterial im Datenarchiv des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften (GESIS) veröffentlichen. Die Fokusgruppen-Daten werden wir über das Forschungsdatenzentrum für qualitative sozialwissenschaftliche Forschungsdaten (Qualiservice) zugänglich machen. So können interessierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst einen Blick in die Daten werfen und mit diesen arbeiten.[4]

Ein weiterer methodischer Hinweis scheint uns an dieser Stelle notwendig: Die Ausschöpfungsquote unseres Telefonsurveys ist mit 11,5 % in der Tat geringer als in Face-to-Face-Umfragen wie der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS). Bei der Beurteilung dieser Ausschöpfungsquote muss man aber drei Dinge berücksichtigen: Erstens war zum Zeitpunkt der Erhebung (Sommer 2022) pandemiebedingt keine Face-to-Face-Befragung möglich. Zu viele Menschen hätten unseren Interviewerinnen und Interviewern den Zutritt zu ihren Wohnungen verwehrt. Zweitens liegt die Ausschöpfung unserer Umfrage auf einem ähnlichen Niveau wie die Ausschöpfung von thematisch und längenmäßig vergleichbaren Telefonumfragen (Mitte-Studie: 10,4 %; Faulbaum und Mokros 2023, S. 37). Und, drittens, haben wir die Analysen unserer Telefonumfrage durch Sekundäranalysen ergänzt, die auf Face-to-Face-Befragungen mit höheren Ausschöpfungsquoten basieren (ALLBUS, Sozio-ökonomisches Panel (SOEP), European Social Survey (ESS), European Value Study (EVS)). Die Analysen unseres Surveys sind also in umfangreiche Sekundäranalysen eingebettet und stehen in Einklang mit diesen. Sinkende Ausschöpfungsquoten sind generell ein Problem der Survey-Forschung, aber sie müssen nicht zwangsläufig mit einer geringeren Repräsentativität einhergehen (Pew Research Center 2012).[5]

[3] Dieser Online-Anhang bietet auch zentrale Informationen, mit denen unsere vier Einstellungsindizes beurteilt werden können: die Ergebnisse der explorativen Faktorenanalyse, die Cronbachs-Alpha-Werte zur internen Konsistenz und die technischen Hinweise zur Konstruktion der Summenindizes. Wir haben auf der Basis aller (arenenbezogenen) Items zahlreiche zusätzliche Faktorenanalysen durchgeführt, die wir hinsichtlich ihrer statistischen und inhaltlichen Plausibilität geprüft haben. Zudem wurden diese Analysen genutzt, um Items ohne klare Hauptladung oder mit hohen Uniqueness-Werten auszuschließen. Die umfangreichen Zwischenergebnisse dieser Analysen haben wir nicht in den Online-Anhang aufgenommen, um diesen nicht zu überfrachten. Die Ergebnisse sind aber auf Anfrage bei den Autoren erhältlich.

[4] Von Analysen, die sich auf sehr kleine Subgruppen beziehen oder sehr unterschiedliche Merkmale miteinander kombinieren, haben wir abgesehen. Leserinnen und Leser, die an den Fallzahlen für bestimmte Variablen und Kategorien interessiert sind, können den Variablenreport konsultieren, den wir zusammen mit den Daten veröffentlichen werden, oder die Daten selbst analysieren.

[5] Das heißt allerdings nicht, dass wir Verzerrungen für unsere Analysen gänzlich ausschließen können. Für die USA haben Cavari und Freedman (2023) gezeigt, dass Analysen zur Einstellungspolarisierung durch sinkende Ausschöpfungsquoten verzerrt sein können, wobei eine solche Verzerrung bei den meisten Themen dazu führt, dass die festgestellte Polarisierung *über*schätzt wird. Die Autoren erklären dies damit, dass Menschen mit besonders starken politischen Meinungen häufiger an Umfragen teilnehmen, während Menschen mit geringem politischen Interesse und schwachen Meinungen schwerer für eine Teilnahme zu motivieren sind.

Zusammen mit dem Befragungsinstitut infas, das eine große Survey-Expertise besitzt und bereits den Deutschen Alterssurvey und das Sozio-oekonomische Panel zu verantworten hatte, haben wir verschiedene qualitätssichernde Schritte übernommen (Schiel et al. 2022): So wurde eine große Zahl heterogener Interviewerinnen und Interviewer eingesetzt, die jeweils nur eine begrenzte Anzahl von Interviews geführt hat. Es gab umfangreiche Interviewerschulungen mit Argumentationshilfen zur Überzeugung zögerlicher Zielpersonen. Nicht erreichbare Personen wurden bis zu 19 Mal kontaktiert. Es wurde eine Studienhotline eingerichtet, bei der sich Interviewpersonen über die Seriosität der Umfrage informieren konnten. Und es gab ein kontinuierliches Feldmonitoring, um Auffälligkeiten in der Feldentwicklung zu erkennen.

Zudem haben wir unsere Daten mit anderen Umfragen abgeglichen. Wo nicht anders vermerkt, decken sich unsere Ergebnisse mit denen anderer Umfragen, was uns eine recht große Sicherheit hinsichtlich der Belastbarkeit der Ergebnisse gibt (neben den oben schon genannten s. etwa El-Menouar und Unzicker 2021; Heide 2023; Lux et al. 2022; Lux und Gülzau 2022; Mau et al. 2020; Task Force FGZ-Datenzentrum 2022; Roose 2021; überblickshaft Mau 2022; Westheuser 2022). Jüngst hat die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ein Studie (Engels et al. 2024) veröffentlicht, die unser Arenen-Konzept direkt aufgreift und ebenfalls mit Polarisierungsmaßen arbeitet (über 5000 Befragte, Mixed-Mode-Design). Die Befunde ähneln unseren, nur im Feld der Migrationskonflikte ist der Polarisierungsgrad etwas höher, was angesichts der scharfen Politisierung dieser Konflikte exakt in den Monaten zwischen unserer Studie und der der FES nicht überraschend ist. Zuletzt ist in unseren Augen die Kombination unterschiedlicher Datenquellen (Fokusgruppen und diverse quantitative Erhebungen) entscheidend dafür, ein breites und belastbares Bild der Einstellungslandschaft zu zeichnen. Dabei dient das Fokusgruppenmaterial nicht nur, wie von einem Rezensenten etwas abschätzig bemerkt, der „Illustration“ statistisch begründeter Befunde, sondern liefert für das Buch zentrale eigenständige Erkenntnisse: etwa die argumentativen und moralischen Repertoires der Arenen oder das titelgebende Konzept der Triggerpunkte. Natürlich wäre es auch hier immer wünschenswert, die Zahl der Interviews zu erweitern. Um eine Datenmasse, wie die von Lessenich erwähnten Fokusgruppen mit 1635 Teilnehmenden, zu erheben und sinnvoll auszuwerten, wie es dem Institut für Sozialforschung in den 1950er-Jahren gelang, bräuchte es allerdings einen Personalschlüssel, der in der heutigen Forschungslandschaft selten geworden ist. Nichtsdestotrotz unterstützen wir den Impuls, die hier benannte Tradition einer von (qualitativer und quantitativer) Empirie geleiteten Theoriebildung wiederzubeleben.

Zum Abschluss dieser Replik möchten wir den vier kritischen Lesern danken, die uns mit „food for thought“ versorgt haben und uns zugleich die Gelegenheit geben, offene Punkte und blinde Flecken zu hinterfragen, Unklares zu präzisieren oder genauer zu sagen, was wir (nicht) gemeint und (nicht) geschrieben haben. Auch die Brückenschläge zu anderen Theorie- und Denkschulen sind für uns eine große Anregung. Nach den vielen positiven Rückmeldungen aus Funk und Fernsehen beginnt mit der fachlichen Auseinandersetzung nun die für uns wichtigste Rezeptionsphase. Es kommt für uns ja darauf an, nicht nur im Feuilleton oder in den Think-Tanks zu bestehen, sondern auch – oder vor allem – in der Fachcommunity. Erst in der

Beurteilung der Peers zeigt sich, ob unsere konzeptionellen Vorschläge, unsere empirische Herangehensweise und unsere analytischen Unterscheidungen überzeugen. Der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* schulden wir großen Dank dafür, dass sie Platz für einen innerfachlichen Austausch über die Stärken und Schwächen unserer „Triggerpunkte" geschaffen hat.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de.

Literatur

Antypas, Dimosthenis, Christian Arnold, Jose Camacho-Collados, Nedjoma Ousidhoum und Carla Perez Almendros. 2024. *Words as Trigger Points in Social Media Discussions. arXiv preprint:2405.10213*. https://arxiv.org/abs/2405.10213

Backes, Uwe, und Eckhard Jesse. 1995. Extremismus der Mitte?: Kritik an einem modischen Schlagwort. In *Vergleichende Extremismusforschung*, Hrsg. Uwe Backes und Eckhard Jesse, 157–169. Baden-Baden: Nomos.

Beck, Linda, und Linus Westheuser. 2022. Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen. *Berliner Journal für Soziologie 32(2)*: 279–316. https://doi.org/10.1007/s11609-022-00470-0

Boxell, Lexi , Mathew Gentzkow und Jesse M. Shapiro. 2021. Cross-Country Trends in Affective Polarization. *National Bureau of Economic Research (NBER) Working Paper No. w26669.* https://ssrn.com/abstract=3522318

Buchmayr, Florian. 2024. Politische Einstellungspolarisierung in Deutschland. *Soziale Welt 75*(1): 5–44.

Cavari, Amnon, und Guy Freedman. 2023. Survey nonresponse and mass polarization: the consequences of declining contact and cooperation rates. *American Political Science Review 117*(1): 332–339.

Damhuis, Koen, und Linus Westheuser. 2024. Cleavage Politics in Ordinary Reasoning. How Common Sense Divides. *European Societies*, Online First. https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14616696.2023.2300641

Danieli, Oren, Noam Gidron, Shinnosuke Kikuchi und Ro'ee Levy. 2022. Decomposing the Rise of the Populist Radical Right. *Working Paper*. https://doi.org/10.2139/ssrn.4255937

Diefenbach, Aletta. 2024. (Un)gerechtigkeitsgefühle: Empörung. In *Einführung in die soziologische Emotions- und Affektforschung,* Hrsg. Aletta Diefenbach und Veronika Zink. Berlin: DeGruyter.

Dochow-Sondershaus, Stefan, und Celine Teney. 2024. Opinion polarization of immigration and EU attitudes between social classes. The limiting role of working class dissensus. *European Societies*, Online First.

El-Menouar, Yasemine, und Kai Unzicker. 2021. *Klimawandel, Vielfalt, Gerechtigkeit: Wie Werthaltungen unsere Einstellungen zu gesellschaftlichen Zukunftsfragen bestimmen*. Bertelsmann Stiftung.

Elsässer, Lea, und Armin Schäfer. 2023. Political Inequality in Rich Democracies. *Annual Review of Political Science 26*: 469–487.

Engels, Jan Niklas, Annika Arnold und Catrina Schläger. 2024. *Wie viel Klasse steckt in der Mitte?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Faulbaum, Frank, und Nico Mokros. 2023. Die empirische Grundlage der Mitte-Studie 2022/23 – Methodik und Design. In *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, Hrsg. Andreas Zück, Beate Küpper und Nico Mokros. Bonn: Dietz, 35–51.

Groenendyk, Eric, Yanna Krupnikov, John B. Ryan und Elizabeth Connors. 2024. Selecting Out of “Politics”: The Self-Fulfilling Role of Conflict Expectation. *American Political Science Review*. Online First. https://doi.org/10.1017/S0003055423001417.

Habermas, Jürgen. 2022. *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*. Berlin: Suhrkamp.

Heide, Julian. 2023. Testfall Armut. Zum Zusammenhang von Ungleichheitseinstellungen und sozialer Lage. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 75*(2): 117–142.

Heide, Julian. 2024. Mediale Trigger. Emotionen und Argumente in deutschen Pressekommentaren. *Working Paper*, verfügbar unter: https://osf.io/fwzbc

Heitmeyer, Wilhelm. 2001. Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen. In *Schattenseiten der Globalisierung*, Hrsg. Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer, 497–530. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hudde, Ansgar. 2022. Partisan affect in times of fractionalization: Visualizing who likes whom in Germany, 1977 to 2020. *Socius 8*.

Lux, Thomas. 2024. „Unser Buch soll keine Beruhigungspille sein!“ Interview mit Anna Henschel. *Wissenschaftskommunikation.de*, https://www.wissenschaftskommunikation.de/unser-buch-soll-keine-beruhigungspille-sein-73189

Lux, Thomas, und Fabian Gülzau. 2022. Zunehmende Polarisierung? Die Entwicklung migrationsbezogener Einstellungen in Deutschland von 1996 bis 2016, *Leviathan 50/Sonderband 39*, 158–192.

Lux, Thomas, Steffen Mau, und Aljoscha Jacobi. 2022. Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern. *Berliner Journal für Soziologie 32*(2), 173–212.

Mau, Steffen. 2021. *Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert*, München: C.H. Beck.

Mau, Steffen. 2022. Kamel oder Dromedar? Zur Diagnose der gesellschaftlichen Polarisierung. *Merkur 76*, 5–18.

Mau, Steffen, Thomas Lux, und Fabian Gülzau. 2020. Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität. *Berliner Journal für Soziologie 30*(3–4), 317–346.

Mau, Steffen, Thomas Lux, und Linus Westheuser. 2023. *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.

Pew Research Center. 2012. Assessing the representativeness of public opinion surveys. https://www.pewresearch.org/politics/2012/05/15/assessing-the-representativeness-of-public-opinion-surveys/

Roose, Jochen. 2021. *Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zum Zusammenhalt in Deutschland.* Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Schiel, Stefan, Sebastian Link und Dennis Schumacher. 2022. *Methodenbericht. Telefonische Bevölkerungsbefragung zum Thema „Neue Ungleichheiten, neue Spaltungen“*. Bonn: infas. Institut für angewandte Sozialwissenschaften.

Schwinn, Thomas. 2015. *Soziale Ungleichheit*. Bielefeld: transcript.

Schwinn, Thomas. 2019. S*oziale Ungleichheit in differenzierten Ordnungen. Zur Wechselwirkung zweier Strukturprinzipien*. Tübingen: Mohr Siebeck.

Simon, Bernd, Klaus M. Reininger, Christoph Schaefer, Stefen Zitzmann und Sabrina Krys 2019. Politicization as an antecedent of polarization: Evidence from two different political and national contexts. *British Journal of Social Psychology* 58: 769–785. https://doi.org/10.1111/bjso.12307

Task Force FGZ-Datenzentrum. 2022. *Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland.* Bremen: SOCIUM, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. https://doi.org/10.26092/elib/1739

Teney, Céline, und Li Kathrin K. Rupieper. 2023. A New Social Conflict on Globalisation-related Issues in Germany? A Longitudinal Perspective. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 1–30.

Westheuser, Linus. 2022. This is not America. Politische Polarisierung in Deutschland als Schimäre. *Forschungsjournal soziale Bewegungen 35*(2), 422–435. https://doi.org/10.1515/fjsb-2022-0030

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.

Steffen Mau 1968, PhD, ist Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Forschungsgebiete: Europäisierung, Ungleichheitsforschung, Transformation, Grenzen. Veröffentlichungen: Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Berlin 2024; Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin 2023 (mit T. Lux und L. Westheuser); Ost- und Westdeutsche für immer? Zu Wahrnehmungen von Unterschieden und Konflikten zwischen Ost- und Westdeutschen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 76(1), 2024 (mit T. Lux und J. Heide).

Thomas Lux 1979, PhD, forscht und lehrt am Lehrbereich Makrosoziologie der Humboldt-Universität zu Berlin. Forschungsgebiete: Ungleichheitsforschung, Einstellungsforschung, politische Soziologie, Lebenslaufsoziologie. Veröffentlichungen: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin 2023 (mit S. Mau und L. Westheuser); Ost- und Westdeutsche für immer? Zu Wahrnehmungen von Unterschieden und Konflikten zwischen Ost- und Westdeutschen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 76(1), 2024 (mit S. Mau und J. Heide); Zunehmende Polarisierung? Die Entwicklung migrationsbezogener Einstellungen in Deutschland von 1996 bis 2016. Leviathan Sonderband 39, 2022 (mit F. Gülzau); Die AfD-Wahlabsicht aus ungleichheitssoziologischer Perspektive. Soziale Welt 73(1), 2022.

Linus Westheuser 1989, PhD, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrbereich Makrosoziologie, Humboldt-Universität zu Berlin. Forschungsgebiete: politische Soziologie, Ungleichheitsforschung, Moralsoziologie. Veröffentlichungen: Cleavage Politics in Ordinary Reasoning: How Common Sense Divides, European Societies, 2024 (mit K. Damhuis); Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin 2023 (mit S. Mau und T. Lux); Verletzte Ansprüche: Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen. Berliner Journal für Soziologie 32, 2022 (mit L. Beck); Populism as Symbolic Class Struggle. Homology, Metaphor, and English Ale, Participation & Conflict 13, 2020.